



Resolution

Gegen die geplante PKW-Maut und die Ausweitung der LKW-Maut

Die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg sieht in den Plänen der Bundesregierung zur Ausweitung der Lkw-Maut und zur Einführung einer Pkw-Maut eine erhebliche Belastung für die Wirtschaft im IHK-Bezirk.

Die IHK bekräftigt den Grundsatz, dass die Finanzierung der Infrastruktur eine öffentliche Aufgabe ist. Einer Ausweitung der Nutzerfinanzierung erteilen wir eine klare Absage, solange die übergroße Mehrheit der staatlichen Einnahmen aus dem Verkehrssektor (Mineralöl- und Kfz-Steuer sowie Lkw-Maut) nicht wieder in den Verkehrssektor fließt. In diesem Sinne fordern wir eine deutlich verstärkte Zweckbindung der eingenommenen Mittel. Der Bund erzielt über verkehrsbezogene Steuern und die Lkw-Maut schon jetzt Einnahmen von über 50 Mrd. Euro, investiert davon aber nur 20 Mrd. Euro in den Verkehr. Hiervon kommen wiederum lediglich rund 5 Mrd. Euro dem Straßenbauetats zugute. Allein für den Erhalt der bestehenden Verkehrsinfrastruktur würden jedoch mehr als 7 Mrd. Euro jährlich benötigt.

Ebenso steht die vorgesehene Erhebung einer Pkw-Maut gegen die Erfordernisse einer zukunftsorientierten und auf Wettbewerbsfähigkeit zielenden Wirtschaftspolitik. Unter dem Strich droht mit der Maut eine höhere Belastung aller Verkehrsteilnehmer, nicht nur „der Halter von nicht in Deutschland zugelassenen Pkw“, wie es im Koalitionsvertrag heißt.

Die geplante Maut für ausländische Fahrzeuge ohne zusätzliche Belastung von Inländern ist nach Auffassung der IHK aus drei Gründen problematisch: Zum ersten könnte sie als Ausländerdiskriminierung von der EU abgelehnt werden. Zweitens würde sie nur geringe Einnahmen erbringen, da der Anteil ausländischer PKW auf deutschen Autobahnen nur bei etwa 5 % liegt. Und zum dritten werden bei den bisherigen Überlegungen die Systemkosten für die Erhebung der Maut ausgeblendet, die den ohnehin geringen Mehrerlös zunichtemachen.

Zudem droht die Maut nach Auffassung der IHK die Chancen zunichte zu machen, die sich in den letzten Jahrzehnten aus dem verstärkten Zusammenwachsen der deutsch-niederländischen Grenzregion ergeben haben. Nicht nur der Einzelhandel auf deutscher Seite muss Umsatzeinbußen befürchten, wenn niederländische Kunden wegen der Maut die deutschen Geschäfte künftig meiden würden. Die gesamte regionale Wirtschaft profitiert von den verbesserten wirtschaftlichen Beziehungen in der deutsch-niederländischen Grenzregion. Wir sollten gemeinsam alles daran setzen, dass die in den achtziger Jahren verschwundenen Schlagbäume an der Grenze zu den Niederlanden jetzt nicht wieder in Form der Pkw-Maut aufgerichtet werden.

Die ursprünglich mit der Lkw-Maut versprochenen stärkeren Investitionen in Straßen und Brücken sind ausgeblieben, vielmehr erleben wir einen dramatischen Investitions- und Unterhaltungsrückstand. Vereinzelt kommen es bei Brücken bereits zu Sperrungen oder Ablastungen, die erhebliche Umwege verursachen. Auch baustellenbedingte Einschränkungen belasten die Unternehmen, die auf die Nutzung der Straßeninfrastruktur angewiesen sind. Diese Mehrbelastungen können nicht weitergegeben werden, obwohl die Margen bereits jetzt sehr eng sind. Die Wirtschaftsstruktur in unserem Bezirk ist fast ausschliesslich mittelständisch geprägt. Die Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen würde durch eine Ausweitung der Lkw-Maut auf Bundesstraßen ernsthaft bedroht werden.

Richtungsweisend ist keine an Grenzen endende Verkehrspolitik, sondern eine auf die Zusammenarbeit ausgerichtete Politik. Wir haben dabei die Mitfinanzierung des Lückenschlusses der A31 durch die niederländische Seite ebenso im Blick wie der von deutscher Seite mitfinanzierte Lückenschluss bei der Bahnverbindung Groningen – Eemshaven. Die Wirtschaft ist auf den Abbau von Hemmnissen angewiesen, der Aufbau neuer Hürden wirkt dagegen kontraproduktiv und behindert die wirtschaftliche Entwicklung. Die Industrie- und Handelskammer (IHK) für Ostfriesland und Papenburg lehnt deshalb die Einführung einer Pkw-Maut entschieden ab.

Beschlossen und verabschiedet durch die Vollversammlung der IHK für Ostfriesland und Papenburg am 1. Oktober 2014 im Rahmen der Sitzung der Vollversammlung